

Berufsrecht der Rechtsanwälte in Deutschland

RA Dr. Thomas Troidl (Kanzlei Schlachter und Kollegen, Regensburg)

A. STELLUNG, ZULASSUNG UND ORGANISATION

I. Stellung

§ 1 BRAO: Stellung des Rechtsanwalts in der Rechtspflege

Der Rechtsanwalt ist ein unabhängiges Organ der Rechtspflege.¹

§ 1 BORA: Freiheit der Advokatur

(1) Der Rechtsanwalt übt seinen Beruf frei, selbstbestimmt und unreglementiert aus, soweit Gesetz oder Berufsordnung ihn nicht besonders verpflichten.

(2) ¹Die Freiheitsrechte des Rechtsanwalts gewährleisten die Teilhabe des Bürgers am Recht. ²Seine Tätigkeit dient der Verwirklichung des Rechtsstaats.

(3) Als unabhängiger Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten hat der Rechtsanwalt seine Mandanten vor Rechtsverlusten zu schützen, rechtsgestaltend, konfliktvermeidend und streitschlichtend zu begleiten, vor Fehlentscheidungen durch Gerichte und Behörden zu bewahren und gegen verfassungswidrige Beeinträchtigung und staatliche Machtüberschreitung zu sichern.

II. Zulassung

§ 4 BRAO: Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts

Zur Rechtsanwaltschaft kann nur zugelassen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz erlangt hat oder die Eingliederungsvoraussetzungen nach dem Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 09.03.00 (BGBl. I S. 182) erfüllt oder die Eignungsprüfung nach diesem Gesetz bestanden hat.

¹ Nach Felix Busse (S. 62) hat der Anwalt deshalb gleichberechtigt wie der Richter und der Staatsanwalt die Aufgabe, im gesamten Bereich seiner Verantwortung – und dazu gehört nicht nur die gerichtliche Rechtspflege, sondern insbesondere auch der Bereich der außergerichtlichen Tätigkeit – an der Verwirklichung des Rechts mitzuwirken. Der Rechtsanwalt übt insoweit eine zwar nicht am Staatswohl, wohl aber am Gemeinwohl orientierte Tätigkeit aus und von ihm wird erwartet, dass er sich diesem Gemeinwohl verpflichtet fühlt.

III. Organisation

1. Rechtsanwaltskammern

§ 60 Abs. 1 BRAO in der seit 01.06.07 gültigen Fassung²

¹Die Rechtsanwaltskammer ist für den Bezirk des **Oberlandesgerichts** gebildet. ²Mitglieder sind die Rechtsanwälte, die von ihr zugelassen oder aufgenommen worden sind, und Rechtsanwaltsgesellschaften, die im Bezirk des Oberlandesgerichts ihren Sitz haben. ³Mitglieder der Rechtsanwaltskammer sind außerdem, soweit sie nicht Rechtsanwälte oder Angehörige eines in den §§ 206, 209 Abs. 1 genannten Berufs sind, die Geschäftsführer der in Satz 2 genannten Rechtsanwaltsgesellschaften. ⁴Die Mitgliedschaft erlischt, außer in den Fällen des § 27 Abs. 3, durch Erlöschen der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (§§ 13, 59 h).

Eine Auflistung aller Rechtsanwaltskammern in Deutschland findet sich im Internet unter <http://www.brak.de/seiten/09.php#rakn>. In Bayern gibt es (korrespondierend zu den drei bayerischen Oberlandesgerichten) drei Rechtsanwaltskammern, nämlich die

- RAK Bamberg (<http://www.rakba.de/>), die
- RAK München (<http://www.rechtsanwaltskammer-muenchen.de/>) und die
- RAK Nürnberg (<http://www.rak-nbg.de/>), zu der auch *Regensburg* gehört.

2. Bundesrechtsanwaltskammer

§ 175 BRAO: Zusammensetzung und Sitz der Bundesrechtsanwaltskammer

- (1) Die Rechtsanwaltskammern werden zu einer **Bundesrechtsanwaltskammer** zusammengeschlossen.
- (2) Der Sitz der Bundesrechtsanwaltskammer wird durch ihre Satzung bestimmt.

Die im Jahr 1959 gegründete Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der 27 regionalen Rechtsanwaltskammern und der Rechtsanwaltskammer beim BGH und vertritt über diese die berufspolitischen Interessen von derzeit **138.104** Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten. Ihren Sitz hat sie seit 2001 in Berlin (Hans-Litten-Haus), außerdem wird ein Büro in Brüssel unterhalten.³

B. VERGÜTUNG

Der Anwaltsvertrag ist in der Regel ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (§ 675 BGB). Die Vergütungspflicht des Auftraggebers ergibt sich folglich aus § 611 BGB. Diese Vorschrift regelt jedoch nicht die Höhe der jeweiligen Vergütung. Diese ergibt sich vielmehr erst aus dem RVG (als Gebühren und Auslagen). Bis zum 01.07.04 und in Übergangsfällen richtet sich die Vergütung noch nach der BRA-GO.⁴

² Näheres zum Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft im Internet unter der URL <http://www.brak.de/seiten/05.php#brao>.

³ Weitere Informationen zur Bundesrechtsanwaltskammer sind unter www.brak.de abrufbar.

⁴ Norbert *Schneider*, S. 525.

§ 2 Abs. 1 RVG: Höhe der Vergütung

Die Gebühren werden, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, nach dem Wert berechnet, den der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit hat (Gegenstandswert).⁵

§ 4 Abs. 1 Satz 1 RVG: Vereinbarung der Vergütung

Aus einer Vereinbarung kann eine höhere als die gesetzliche Vergütung nur gefordert werden, wenn die Erklärung des Auftraggebers schriftlich abgegeben und nicht in der Vollmacht enthalten ist.

§ 49 b Abs. 2 BRAO: Vergütung

¹Vereinbarungen, durch die eine Vergütung oder ihre Höhe vom Ausgang der Sache oder vom Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit abhängig gemacht wird (**Erfolgshonorar**) oder nach denen der Rechtsanwalt einen Teil des erstrittenen Betrags als Honorar erhält (**quota litis**), sind unzulässig. ²Ein Erfolgshonorar im Sinne des Satzes 1 liegt nicht vor, wenn nur die Erhöhung von gesetzlichen Gebühren vereinbart wird.

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.12.06 (Az. 1 BvR 2576/04):⁶

Leitsatz: Das Verbot anwaltlicher Erfolgshonorare einschließlich des Verbotes der „quota litis“ (§ 49 b Abs. 2 BRAO a.F., § 49 b Abs. 2 Satz 1 BRAO) ist mit Art. 12 Abs. 1 GG insoweit nicht vereinbar, als es keine Ausnahme für den Fall zulässt, dass der Rechtsanwalt mit der Vereinbarung einer erfolgsbasierten Vergütung besonderen Umständen in der Person des Auftraggebers Rechnung trägt, die diesen sonst davon abhielten, seine Rechte zu verfolgen.

Entscheidung:

1. § 49 b Absatz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 2. September 1994 (Bundesgesetzblatt I Seite 2278) und § 49 b Absatz 2 Satz 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 5. Mai 2004 (Bundesgesetzblatt I Seite 718) sind nach Maßgabe der Gründe insoweit mit Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar, als sie keine Ausnahme vom Verbot anwaltlicher Erfolgshonorare vorsehen.
Sie können bis zur Neuregelung weiter angewendet werden. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, bis zum 30. Juni 2008 eine Neuregelung zu treffen.
2. Im Übrigen wird die Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen.
3. Die Bundesrepublik Deutschland hat der Beschwerdeführerin die Hälfte der notwendigen Auslagen zu erstatten.

⁵ Der Gegenstandswert bestimmt sich im Einzelnen nach den §§ 22 ff. RVG. Soweit sich der Gegenstandswert nicht anders bestimmen lässt, ist er mit 4.000,- Euro anzunehmen. Eine „normale“ Geschäftsgebühr gemäß Nr. 2300 des Vergütungsverzeichnisses zum RVG mit einem Satz von 1,3 aus diesem Gegenstandswert beträgt netto **318,50 Euro**.

⁶ Die Entscheidung findet sich im Internet unter der URL http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20061212_1bvr257604.html, die zugehörige Pressemitteilung (Nr. 27/2007 vom 7. März 2007) unter der URL <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-027.html>

C. BERUFSPFLICHTEN

§ 3 Abs. 1 BRAO: Recht zur Beratung und Vertretung

Der Rechtsanwalt ist der berufene unabhängige Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten.

§ 43 BRAO: Allgemeine Berufspflicht

¹Der Rechtsanwalt hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben.

²Er hat sich innerhalb und außerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, würdig zu erweisen.

§ 43 a BRAO: Grundpflichten des Rechtsanwalts

(1) Der Rechtsanwalt darf keine Bindungen eingehen, die seine berufliche Unabhängigkeit gefährden.

(2) ¹Der Rechtsanwalt ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. ²Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was ihm in Ausübung seines Berufes bekannt geworden ist. ³Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(3) ¹Der Rechtsanwalt darf sich bei seiner Berufsausübung nicht unsachlich verhalten. ²Unsachlich ist insbesondere ein Verhalten, bei dem es sich um die bewusste Verbreitung von Unwahrheiten oder solche herabsetzenden Äußerungen handelt, zu denen andere Beteiligte oder der Verfahrensverlauf keinen Anlass gegeben haben.

(4) Der Rechtsanwalt darf keine widerstreitenden Interessen vertreten.

(5) ¹Der Rechtsanwalt ist bei der Behandlung der ihm anvertrauten Vermögenswerte zu der erforderlichen Sorgfalt verpflichtet. ²Fremde Gelder sind unverzüglich an den Empfangsberechtigten weiterzuleiten oder auf ein Anderkonto einzuzahlen.

(6) Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, sich fortzubilden.

D. ANWALTSHAFTUNG

I. Voraussetzungen

Der Haftpflichtanspruch gegen den Rechtsanwalt leitet sich aus dem Vertragsverhältnis zwischen Anwalt und Mandant her. Der Anwaltsvertrag ist ein Geschäftsbesorgungsvertrag i.S.d. § 675 BGB (s.o. B.). Eine Haftung kann wegen Schlechtleistung (vgl. § 280 BGB) in Betracht kommen. Voraussetzung dafür ist eine schuldhafte Verletzung des Anwaltsvertrages, also eine Verletzung der oben näher erläuterten Anwaltpflichten (s.u. C.). Ein Verschulden des Anwalts ist fast immer anzunehmen, für Fehler seiner Angestellten haftet er nach § 278 BGB. Der Verschuldensmaßstab nach § 276 BGB ist hoch. Die schuldhafte Pflichtverletzung allein begründet aber noch keinen Haftpflichtanspruch. Diese Tatsache wird von den betroffenen Mandanten häufig verkannt. Voraussetzung ist zunächst, dass dem Mandanten überhaupt ein Schaden entstanden ist. Zu prüfen ist ferner die *Kausalität* des Fehlers für den eingetretenen Schaden. Für alle an-

spruchsbegründenden Voraussetzungen trägt grds. der Anspruchsteller (Mandant) die Beweislast.⁷

II. Mithaftung von BGB-Gesellschaftern und „Außensozien“

Bis vor wenigen Jahren war die Gesellschaft bürgerlichen Rechts die einzige Gesellschaftsform, die in Deutschland für Zusammenschlüsse von Rechtsanwälten für zulässig erachtet wurde. Die Rechtsprechung erkannte an, dass Mandanten ein Interesse daran haben können, dass der Anwaltsvertrag auch mit den Sozien des sachbearbeitenden Anwalts geschlossen wird, und nahm dies als Regelfall an. Hieraus ergab sich dann auch die gesamtschuldnerische Haftung aller Sozien. Eine Haftung der *nichtanwaltlichen* Sozien schied hingegen aus, weil diese nicht befugt gewesen wären, den Mandanten rechtlich zu beraten. Im Laufe der Zeit hatte die Rechtsprechung praktisch fast alle Zweifelsfragen der Sozienhaftung geklärt.⁸

Durch das Urteil vom 29.01.01, mit dem der II. Zivilsenat des BGH ein neues Haftungskonzept für die BGB-Gesellschaft (nämlich deren rechtliche Selbständigkeit und akzessorische Haftung der BGB-Gesellschafter) anerkannt hat, ist nun wieder vieles ungeklärt. Grundsätzlich haften alle Sozien des sachbearbeitenden Rechtsanwalts analog § 128 HGB für dessen Fehler mit. Noch nicht geklärt ist, ob davon auch die *nicht-anwaltlichen* Sozien betroffen sind. Offen geblieben ist zur Zeit auch noch die Frage, ob *neu eintretende* BGB-Gesellschafter für alte Berufshaftungsfälle ihrer Sozien über § 130 HGB mit einzustehen haben.⁹

Von größerer praktischer Bedeutung ist die Frage, wer als Sozios anzusehen ist und in die gesamtschuldnerische Haftung kommt. Aus gesellschaftsrechtlicher Sicht kommt eine akzessorische Haftung über § 128 HGB nur für echte BGB-Gesellschafter in Betracht. In der Praxis ist es aber so, dass vielfach das Auftreten der Sozietät nach außen nicht die gesellschaftsrechtliche Zusammensetzung widerspiegelt. Insbesondere ist es weithin üblich, dass angestellte Rechtsanwälte oder freie Mitarbeiter ohne entsprechenden Vermerk auf Briefkopf und Kanzleischild aufgeführt werden. Da es für den Mandanten nicht erkennbar ist, dass bzw. welche „Außensozien“ keine echten BGB-Gesellschafter sind, hat die Rechtsprechung hier eine Rechtsscheinhaftung entwickelt: Alle „Außensozien“, deren fehlende Gesellschafterstellung nach außen nicht kenntlich gemacht ist, fallen in die gesamtschuldnerische Haftung. Hieran dürfte sich auch durch die neue gesellschaftsrechtliche Rechtsprechung nichts geändert haben. Gerade junge Rechtsanwälte, die natürlich bestrebt sind, möglichst bald auch auf dem Briefkopf zu stehen, müssen sich darüber im Klaren sein, dass mit dem hierdurch gewonnenen Image auch die Gefahr verbunden ist, für Berufsfehler, aber auch für evtl. nicht von der Berufshaftpflichtversicherung gedeckte Ansprüche gegen einen Sozios in die Haftung genommen zu werden.¹⁰

⁷ Antje Jungk, S. 144 f.

⁸ Antje Jungk, S. 147 m.w.N.

⁹ Antje Jungk, S. 147 m.w.N. Dies wirft nicht zuletzt auch versicherungsrechtliche Probleme auf, da die – auch in § 51 BRAO geforderte – Pflichtversicherung auf dem *Verstoßprinzip* beruht, so dass nur Haftungsfälle aus der Zeit der eigenen Berufstätigkeit in der betreffenden Kanzlei vom Versicherungsschutz umfasst sind. In der Praxis dürfte es in diesem Zusammenhang aber nur ganz ausnahmsweise zu einer Inanspruchnahme des neuen Sozios' kommen, da der Versicherungsschutz der Altsozien in aller Regel den Schadensfall abdeckt.

¹⁰ Antje Jungk, S. 147 f. m.w.N.

III. Haftungsbeschränkung

§ 51 a BRAO: Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens kann beschränkt werden:

1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Höhe der Mindestversicherungssumme¹¹
2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen für Fälle einfacher Fahrlässigkeit auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme¹², wenn insoweit Versicherungsschutz besteht.

(2) ¹Die Mitglieder einer Sozietät haften aus dem zwischen ihr und dem Auftraggeber bestehenden Vertragsverhältnis als Gesamtschuldner. ²Die persönliche Haftung auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen beschränkt werden auf einzelne Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat im Rahmen ihrer eigenen beruflichen Befugnisse bearbeiten und namentlich bezeichnet sind. ³Die Zustimmungserklärung zu einer solchen Beschränkung darf keine anderen Erklärungen enthalten und muss vom Auftraggeber unterschrieben sein.

E. MARKTSITUATION, MARKETING UND FACHANWALTSCHAFTEN

I. Marktsituation

In *Regensburg*, einer Stadt mit 125.200 Einwohnern, waren 2003 450 Rechtsanwälte zugelassen, d.h. ein Rechtsanwalt pro 278 Einwohner. Eine noch höhere Dichte bestand in *München*: Auf 1.193.600 potentielle Mandanten kamen hier 9.476 Rechtsanwälte, d.h. ein Rechtsanwalt auf 126 Einwohner. Etwas entspannter zeigt sich die Situation in *Nürnberg*: Hier treffen auf 486.400 Einwohner 1.257 Rechtsanwälte, d.h. ein Rechtsanwalt auf 387 Einwohner.¹³ Die höchste Anwaltsdichte besteht in *Frankfurt*, wo auf 644.700 Einwohner 6.347 Rechtsanwälte stießen, d.h. ein Rechtsanwalt auf 102 Einwohner. Die geringste Anwaltsdichte verzeichnet *Bergkamen* (in der Nähe von Dortmund), wo es bei einer Bevölkerung von 53.000 Einwohnern nur 14 Rechtsanwälte gibt, d.h. ein Rechtsanwalt kann theoretisch 3.786 Einwohner beraten.¹⁴

Eine aktuelle Übersicht zur Entwicklung der Zahl zugelassener Rechtsanwälte von 1950 (**12.844**) bis 2006 (**138.104**) findet sich im Internet unter <http://www.brak.de/seiten/pdf/Statistiken/GesamtzahlenRAe.pdf>.

¹¹ Gemäß § 51 Abs. 4 Satz 1 BRAO beträgt die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall 250.000,- Euro.

¹² Dieser Betrag beläuft sich derzeit auf 1.000.000,- Euro [s.o. Fn. 11].

¹³ Weitere Informationen hierzu unter http://www.brak.de/seiten/html/anwaltsdichte_pro_land.htm.

¹⁴ Weitere statistische Details hierzu unter http://www.brak.de/seiten/html/anwaltsdichte_pro_stadt.htm.

II. Marketing

§ 43 b BRAO: Werbung

Werbung ist dem Rechtsanwalt nur erlaubt, soweit sie über die berufliche Tätigkeit in Form und Inhalt sachlich unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.

Der Deutsche Anwaltverein bewirbt derzeit mit einer bundesweiten Werbekampagne die anwaltliche Dienstleistung. Im Mittelpunkt der Anzeigenkampagne steht der Slogan „**Vertrauen ist gut, Anwalt ist besser**“, da er alle Argumente für den Besuch beim Anwalt zusammenfassen soll: Qualität der anwaltlichen Ausbildung, Verschwiegenheitsverpflichtung (§ 43 Abs. 2 BRAO, s.o. C.), Unabhängigkeit der Rechtsberatung (§ 3 Abs. 1 BRAO, s.o. C.) und die Verpflichtung, für Fehlberatung zu haften (s.o. D.). Die Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins haben so den Vorteil, dass ein speziell auf sie zugeschnittener Anzeigenpool zur Verfügung gestellt wird. Damit kann jeder örtliche Anwaltverein und deren Mitglieder die Kampagne durch Schaltung eigener Anzeigen in den Regionalzeitungen verstärken und damit von ihr doppelt profitieren.¹⁵ Die ersten drei Motive der Anzeigenkampagne und Beispiele für die Rubriken in den Tageszeitungen finden sich im Internet unter

- http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/Anlagen/72dpi_DAV_Schreibtisch_A4.pdf („Die meisten Unfälle passieren am Schreibtisch“),
- http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/Anlagen/72dpi_DAV_Buecherberg_A4.pdf („Wenn Sie wissen wollen, ob Ihr Kaufvertrag keine Fallstricke enthält, lesen Sie diese Bücher“),
- http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/Anlagen/72dpi_DAV_Mietvertrag_A4.pdf („In diesem Vertrag sind drei Fallstricke versteckt. Finden Sie sie?“) und
- [http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/Anlagen/Kleinanzeigen\(72dpi\).pdf](http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/Anlagen/Kleinanzeigen(72dpi).pdf).

III. Fachanwaltschaften

§ 1 FAO: Zugelassene Fachanwaltsbezeichnungen

¹Fachanwaltsbezeichnungen können gemäß § 43 c Abs. 1 Satz 2 Bundesrechtsanwaltsordnung für das Verwaltungsrecht, das Steuerrecht, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht verliehen werden. ²Weitere Fachanwaltsbezeichnungen können für das Familienrecht, das Strafrecht, das Insolvenzrecht, das Versicherungsrecht, das Medizinrecht, das Miet- und Wohnungseigentumsrecht, das Verkehrsrecht, das Bau- und Architektenrecht, das Erbrecht sowie das Transport- und Speditionsrecht verliehen werden.

Nach der jährlich veröffentlichten Statistik der Bundesrechtsanwaltskammer betrug die Gesamtzahl der Fachanwälte in Deutschland zum 01.01.03 **16.933**. Damit waren nahezu 14 % der Anwältinnen und Anwälte Fachanwälte (gegenüber ca. 13 % im Vorjahr).¹⁶

¹⁵ Die Pressemitteilung des Deutschen Anwaltsvereins findet sich im Internet unter <http://www.anwaltverein.de/03/02/2006/02-06.html>.

¹⁶ Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich unter http://www.brak.de/seiten/04_03_13.php.

2005 gab es bereits **22.841** Fachanwälte (davon Arbeitsrecht: 6.457, Familienrecht: 6.353; Steuerrecht: 3.901; Strafrecht: 1.730; Verwaltungsrecht: 1.178; Verkehrsrecht: 396; Bau- und Architektenrecht: 360). Dies entspricht bereits einer Quote von 17 %.¹⁷

F. ANHANG

I. Abkürzungen

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
FAO	Fachanwaltsordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
RAK	Rechtsanwaltskammer
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz)

II. Literatur

- *Busse, Felix*: „Berufsethik“, in: Deutscher Anwaltverein/Forum Junge Anwaltschaft im Deutschen Anwaltverein [Hrsg.]: DAV-Ratgeber für junge Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, 11. Aufl., Berlin: Deutscher Anwaltverlag, 2006, S. 59 - 70
- *Leis, Horst*: „Hinweise zur Anwaltszulassung“, in: Deutscher Anwaltverein/Forum Junge Anwaltschaft im Deutschen Anwaltverein [Hrsg.]: DAV-Ratgeber für junge Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, 11. Aufl., Berlin: Deutscher Anwaltverlag, 2006, S. 713 - 716
- *Jungk, Antje*: „Anwaltspflichten und Anwaltshaftung“, in: Deutscher Anwaltverein/Forum Junge Anwaltschaft im Deutschen Anwaltverein [Hrsg.]: DAV-Ratgeber für junge Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, 11. Aufl., Berlin: Deutscher Anwaltverlag, 2006, S. 137 - 152
- *Schneider, Norbert*: „Das Vergütungsrecht“, in: Deutscher Anwaltverein/Forum Junge Anwaltschaft im Deutschen Anwaltverein [Hrsg.]: DAV-Ratgeber für junge Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, 11. Aufl., Berlin: Deutscher Anwaltverlag, 2006, S. 525 - 535

Der „DAV-Ratgeber für Junge Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte“ enthält auf rund 750 Seiten die wichtigsten Informationen für den Berufseinstieg in die Anwaltschaft und ist zu einem Unkostenbeitrag von – nur – 5,00 Euro online unter <http://www.anwaltverein.de/05/Ratgeber.html> bestellbar.

Neben den im Text und in den Fußnoten aufgeführten Internet-URLs lohnt sich ein Blick auf <http://www.brak.de/seiten/06.php>, wo auch die oben angeführten Rechtsvorschriften eingesehen werden können.

¹⁷ Pressemitteilung Nr. 20 der Bundesrechtsanwaltskammer vom 23.05.06: „Fachanwaltstitel wird unter Anwälten immer begehrt“, im Internet unter http://www.brak.de/seiten/04_06_20.php.